

Die brandenburgische Landtagswahl vom 14. September 2014: Die Linke wird abgestraft, bleibt aber Regierungspartei

Oskar Niedermayer

1. Die Ausgangslage

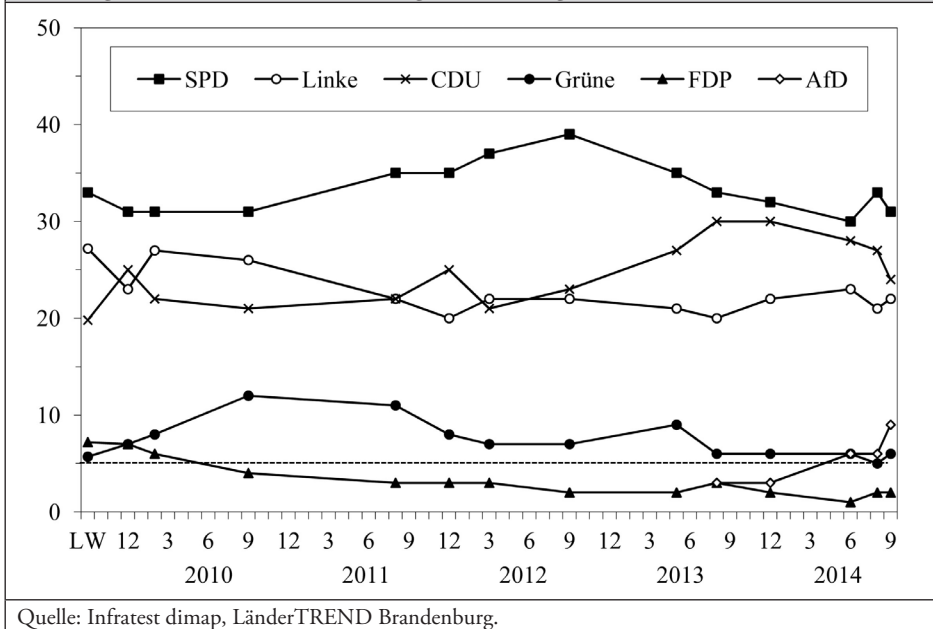
Die Landtagswahl in Brandenburg 2009 war von der gleichzeitig stattfindenden Bundestagswahl überlagert.¹ Dennoch überwogen für die Mehrheit der Wähler landespolitische Motive bei der Stimmabgabe. Die Landes-SPD konnte vor allem durch ein starkes Zuschneiden der Kampagne auf den bekannten und beliebten Ministerpräsidenten *Matthias Platzeck* der schlechten bundespolitischen Großwetterlage trotzen und blieb mit 33 Prozent der Stimmen stärkste Partei. Den zweiten Platz nahm mit 27,2 Prozent wieder die Linkspartei ein, und dritte Kraft blieb mit 19,8 Prozent die CDU. Die FDP und die Grünen konnten seit 1994 erstmals wieder in den Landtag einziehen, was der DVU nicht wieder gelang. Das Wahlergebnis ließ der in einer Koalition mit der CDU regierenden SPD die Wahl, die bisherige Koalition fortzusetzen oder zum ersten Mal ein Bündnis mit der Linken einzugehen. Inhaltlich gab es bei beiden Optionen Schnittmengen und Gegensätze, wobei die Hürden für eine Koalition mit der CDU von der SPD sehr hoch gelegt wurden und die Linkspartei sich sehr kompromissbereit zeigte. Personell gab es seitens der SPD mit beiden potenziellen Partnern Probleme: Bei der CDU befürchtete man ein Wiederaufbrechen des innerparteilichen Lagerkampfs zwischen 2006 und Ende 2008, bei der Linken war es die Stasi-Vergangenheit des linken Spitzenpersonals. Letztendlich kam es zu einem rot-roten Bündnis, wobei auch strategische Überlegungen eine große Rolle spielten.²

Die neue rot-rote Landesregierung hatte wegen mehrerer Fälle von früherer Stasi-Zusammenarbeit in den Reihen der Abgeordneten der Linkspartei einen schweren Start. Insbesondere die Linke musste in der ersten Umfrage nach der Landtagswahl merkliche Verluste hinnehmen und den zweiten Platz in der Wählergunst kurzfristig der CDU überlassen (vgl. Abbildung 1). Da man von vornherein entschieden hatte, stasibelastete Politiker nicht in das Kabinett aufzunehmen, hatte die Diskussion keine personellen Auswirkungen. Jedoch musste die Landesregierung aus anderen Gründen während der Wahlperiode mehrfach verändert werden: Infrastruktur- und Agrarministerin *Jutta Lieske* (SPD) trat Anfang 2010 wegen Überforderung zurück, im selben Jahr stolperte Innenminister *Rainer Speer* (SPD) über eine Unterhaltsaffäre, und Justizminister *Volkmar Schöneburg* (Linke) musste Ende 2013 wegen des Vorwurfs der Häftlingsbegünstigung seinen Hut nehmen. Die gravierendste Personalie war jedoch der Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten. Im August 2013 trat *Matthias Platzeck* nach einem Schlaganfall von allen seinen Ämtern zurück. Nerven kostete *Platzeck* vor allem das Desaster um Brandenburgs größtes Infrastrukturpro-

1 Vgl. *Oskar Niedermayer*, Die Landtagswahl vom 27. September 2009 in Brandenburg: Die Landes-SPD trotz dem Bundestrend, in: *ZParl*, 41. Jg. (2010), H. 2, S. 356 – 372.

2 Aus der Sicht der SPD sprach vieles für den Versuch, die Linke durch Einbindung in eine Koalition zu „entzaubern“ und damit gleichzeitig zu verhindern, dass sie sich als Oppositionspartei populistisch gegen die angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise notwendigen Sparmaßnahmen stellte und damit die SPD bei der nächsten Landtagswahl noch mehr gefährdet hätte.

Abbildung 1: Wahlabsicht in Brandenburg seit 2009 (Angaben in Prozent)



jekt: den Großflughafen Berlin-Brandenburg (BER). Schon seit Baubeginn im September 2006 wurde der BER mit Klagen überhäuft, die sich später vor allem gegen die geplanten Flugrouten und die Nachtflüge richteten. Die Eröffnung war ursprünglich für den Oktober 2011 geplant und wurde danach mehrfach verschoben, während die Kosten immer stärker stiegen. Die fortgesetzten Schwierigkeiten mit dem BER wirkten sich auf die Beurteilung der Arbeit des Ministerpräsidenten negativ aus. Vor allem als der Aufsichtsrat im Januar 2013 zugeben musste, dass auch der letztgenannte Eröffnungstermin im Oktober nicht zu halten sei und die Eröffnung auf unbestimmte Zeit verschoben wurde, verlor *Platzek* deutlich an Zustimmung. Obwohl seine Werte danach wieder nach oben gingen, trat er im August zurück und übergab das Amt des Ministerpräsidenten dem bisherigen SPD-Innenminister *Dietmar Woidke*.

Seine Partei hatte den Zenit der Wählergunst zu diesem Zeitpunkt schon überschritten, die Zustimmungsraten waren zurückgegangen, und die CDU unter ihrem neuen Vorsitzenden *Michael Schierack*³ hatte begonnen, zur SPD aufzuschließen (vgl. Abbildung 1).

Die in der Vergangenheit notorisch zerstrittene, von Querelen, Grabenkämpfen und Intrigen erschütterte CDU, die seit 1990 zehn Landesvorsitzende verschlissen hatte, präsentierte sich unter *Schieracks* Vorsitz geschlossen und schwenkte inhaltlich auf den Kurs

3 Die CDU war nach der Landtagswahl 2009 zunächst von *Johanna Wanka* geführt worden, die jedoch im April 2010 zur niedersächsischen Ministerin für Wissenschaft und Kultur berufen wurde. Ihre Nachfolgerin *Saskia Ludwig*, die sich als Sprachrohr des konservativen Teils der CDU zu etablieren versuchte, wurde wegen scharfer Attacken auf die Landesregierung und Journalisten sowie wiederholter Beiträge im Rechtsaußen-Blatt *Junge Freiheit* im September 2012 von Fraktion und Partei zum Rücktritt gezwungen.

der Merkel-CDU ein. Vor der Bundestagswahl im September 2013 erwartete man daher auch ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen SPD und CDU; nach der Wahl lautete die Schlagzeile sogar: „Die CDU erobert Brandenburg“⁴. Sie legte mehr als zehn Prozentpunkte zu und gewann die Wahl mit großem Vorsprung vor der SPD. Zudem konnte sie neun der zehn Direktmandate holen. Die Linke, die bei der letzten Bundestagswahl noch auf Platz 1 gelegen war, im ersten Jahr ihrer brandenburgischen Regierungszeit aber in der Wählergunst deutlich abgenommen und sich seither auf dem Niveau von 20 bis 22 Prozent bewegt hatte, rutschte auf die dritte Stelle ab. Die FDP, die in den Sog des bundespolitischen Absturzes nach der Bundestagswahl 2009 geraten war, sank schon im Herbst 2010 unter die Fünf-Prozent-Marke, kam auch wegen der immer wieder von Personalquerelen und Zerwürfnissen überschatteten Fraktionsarbeit in immer größere Schwierigkeiten und sackte von 9,3 auf 2,5 Prozent ab. Auch die Grünen, die in Folge ihres bundespolitischen, durch die Konjunktur des zum grünen Identitätskern gehörenden Atomkraftthemas⁵ bewirkten Höhenflugs zwischen Frühjahr 2010 und Herbst 2011 auch auf der Landesebene zweistellige Umfrageergebnisse erreicht hatten, mussten Einbußen hinnehmen. Die neu gegründete AfD landete aus dem Stand bei sechs Prozent.

Auch die am 25. Mai 2014 stattfindenden Europa- und Kommunalwahlen konnte die CDU als Erfolg werten. Sie wurde bei den Kommunalwahlen knapp vor der SPD zur stärksten Partei und landete bei der Europawahl auf Platz zwei hinter der SPD. Das schon nach der Bundestagswahl ausgegebene Ziel, bei der Landtagswahl stärkste Partei zu werden, schien daher in greifbare Nähe gerückt. Schon die nächste Umfrage im Juni 2014 dämpfte die Euphorie jedoch. Zudem rückte die Linkspartei wieder näher heran, und die AfD, die bei der Europawahl 8,5 Prozent erreichte und bei den Kommunalwahlen trotz ihrer schwachen lokalen Verankerung nur knapp hinter der auf der Landesebene im Wählerzuspruch kaum mehr messbaren FDP lag, überschritt die Fünf-Prozent-Schwelle.

Insgesamt hatte sich vor Beginn des Wahlkampfes die Ausgangsposition der beiden Regierungsparteien gegenüber dem Ergebnis von 2009 etwas verschlechtert, die der CDU deutlich verbessert, die Grünen mussten um ihren Wiedereinzug in den Landtag zittern, und die AfD schickte sich an, die FDP als Landtagspartei abzulösen.

2. Der Wahlkampf

Die Vorphase des Wahlkampfes begann Ende November 2013 mit der Wahl der Spitzenkandidaten der CDU und FDP. Die CDU wählte ihren Landesvorsitzenden *Michael Schierack*, die FDP ihren Fraktionsvorsitzenden *Andreas Büttner*. Im Januar 2014 folgte die Linke, die *Christian Görke*, der kurz zuvor vom Fraktionsvorsitz an die Spitze des Finanzministeriums gewechselt war, zum Landesvorsitzenden und Spitzenkandidaten wählte. Die Grünen kürten ihr Spitzenduo aus der innenpolitischen Sprecherin der Landtagsfraktion

- 4 Die CDU erobert Brandenburg, in: Märkische Allgemeine Zeitung online vom 23. September 2013, <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Bundestagswahl-2013/Die-CDU-erobert-Brandenburg> (Abruf am 23. September 2013).
- 5 Vom Frühjahr bis zum Herbst 2010 durch die Diskussion um und die Entscheidung für eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und im Frühjahr 2011 durch die Atomkatastrophe in Fukushima und die Diskussion um die Energiewende.

Ursula Nonnemacher und dem Fraktionschef *Jürgen Vogel* im März. Anfang Mai schließlich folgten die SPD mit dem amtierenden Ministerpräsidenten und Parteivorsitzenden *Dietmar Woidke* und die AfD, die ihren Landesvorsitzenden *Alexander Gauland* ins Rennen schickte.⁶ Chancen auf einen Einzug in den Landtag rechneten sich auch die Brandenburger Vereinigten Bürgerbewegungen / Freie Wähler (BVB / Freie Wähler) aus, die 110 Gruppierungen und Bürgerinitiativen – darunter vierzig gegen den Hauptstadtflughafen BER – vertraten. Zwar rangierten sie in den Umfragen stets ungenannt unter den „Sonstigen“, hofften aber, dass ihr Spitzenkandidat *Christoph Schulze* in seinem Wahlkreis das Direktmandat gewinnen würde.⁷ Der als Flughafen-Rebell bekannt gewordene *Schulze* hatte als SPD-Direktkandidat seit 1990 seinen Wahlkreis, zu dem die vom Fluglärm am meisten betroffenen Kommunen gehören, stets gewonnen und war aus Frust über die Flughafenpolitik der SPD 2012 aus deren Fraktion ausgetreten.

Von allen Parteien setzte die SPD mit Abstand am stärksten auf ihren Spitzenkandidaten. Da es *Dietmar Woidke* geschafft hatte, aus dem Schatten seines Vorgängers hervorzutreten und „so nüchtern und karg wie die Mark“⁸ als Landesvater die Mentalität der Brandenburger widerzuspiegeln, kultivierte die Partei mit der Botschaft „Damit Brandenburg in guten Händen bleibt“ das „Einer-von-uns-Image“ ihres Ministerpräsidenten unter anderem mit Strohballenfesten. Inhaltlich stellte man darauf ab, sich als „Partei der sozialen Gerechtigkeit und des sozialen Aufstiegs, der ökonomischen Vernunft und des Zusammenhalts“⁹ zu präsentieren. Unter dem Motto „Das ist, was wir tun“, wurde auf die Erfolge der Regierungsarbeit – gesunkene Arbeitslosenquote, Mindestlohn, hohes Wirtschaftswachstum, Schuldentilgung seit 2013 – hingewiesen und Korrekturen in der Bildungspolitik (Einstellung neuer Lehrer und Kita-Erzieher) und bei der Polizeireform (geringerer Personalabbau) versprochen. Auch im Wahlkampf der Linkspartei spielte der Spitzenkandidat eine große Rolle. Inhaltlich setzte die Linke noch stärker als die SPD unter dem Motto „Soziales Brandenburg“ auf ihren Markenkern, die soziale Gerechtigkeit, und beschwor berlinskeptisch unter dem Slogan „Das ist nicht Berlin. Das ist Brandenburg“ die märkische Idylle. Themenschwerpunkte waren die Arbeits-, Lohn-, Bildungs- und Wohnungsbaupolitik, die Stärkung der kommunalen Infrastruktur und die Sicherung der flächendeckenden Gesundheitsversorgung.

Die CDU stellte in ihrer Kampagne die Themen Bildung, Sicherheit und die wirtschaftliche Infrastruktur in den Mittelpunkt. Dabei wurden zunächst auf den Plakaten Fragen von Bürgerinnen und Bürgern zu den Versäumnissen der Landesregierung gestellt, die danach in einer personalisierten Kampagne vom Spitzenkandidaten *Schierack* beantwortet

- 6 Nicht näher eingegangen wird hier auf die Piraten, die NPD und die anderen Kleinstparteien, deren Wahlkampf in der Medienberichterstattung keine große Rolle spielte und die in den Umfragen nicht auftauchten.
- 7 Da das Brandenburgische Landeswahlgesetz bestimmt, dass Parteien an der Sitzverteilung teilnehmen, wenn sie mindestens fünf Prozent der abgegebenen gültigen Zweitstimmen oder mindestens ein Direktmandat errungen haben, würde die Mandatszahl der Freien Wähler in diesem Fall nach ihrem Zweitstimmenergebnis berechnet werden.
- 8 *Daniel Friedrich Stur*, Ein Ministerpräsident so nüchtern und karg wie die Mark, in: Die Welt online vom 10. September 2014, http://www.welt.de/print/die_welt/politik/article132076358/Ein-Ministerpraesident-so-nuechtern-und-karg-wie-die-Mark.html (Abruf am 10. September 2014).
- 9 SPD-Landesverband Brandenburg, Unser Brandenburg-Plan, Regierungsprogramm 2014-2019, http://www.spd-brandenburg.de/fileadmin/user_upload/spd-brandenburg_de/14/LPT/140503-BrandenburgPlan.pdf (Abruf am 22. Januar 2015), S. 26.

wurden.¹⁰ Die Grünen warben mit dem Slogan „Gutes Morgen, Brandenburg“, dessen Sinn sich wohl nicht jedem auf Anhieb erschloss. Man konzentrierte sich in der Kampagne auf den Markenkern Umwelt, wo man sich als „Das Original“ empfahl und den Kampf gegen Massentierhaltung sowie gegen den Braunkohletagebau in den Mittelpunkt stellte. Die AfD stilisierte sich als Alternative zu allen anderen Parteien, gab sich ein „Kümmerer“-Image und stellte vor allem den Kampf gegen die Grenzriminalität und die Flüchtlingsproblematik, aber auch die Förderung des Mittelstands und die Bildung in den Mittelpunkt. Zudem empfahl man sich den Linksparteiwählern durch Anleihen bei der DDR-Familienpolitik und die Kritik an den Sanktionen gegen Russland. Der Spitzenkandidat *Gauland* befand sich dabei ständig auf einer Gratwanderung „zwischen reflektiertem Konservatismus und populistischen Parolen“¹¹. Die mit Abstand provokativste Plakatkampagne ließ sich die FDP einfallen. Ihr erstes Großflächenplakat verkündete: „Keine Sau braucht die FDP!“.¹² Damit sicherte sie sich bundesweite Medienaufmerksamkeit, die allerdings auch zu spöttischen Kommentaren führte.¹³ Später wendete man dann die Botschaft ins Positive, indem man „Keine Sau“ mit unter anderem „Der Mittelstand“ und schließlich mit „Jeder Brandenburger“ überklebte. Der Kampagne fehlte jedoch ein Thema, das sich als Alleinstellungsmerkmal geeignet hätte, und zum Schluss trat sie kaum mehr in Erscheinung.

Insgesamt handelte es sich – nicht nur in den Augen des Ministerpräsidenten – um einen „Kuschelwahlkampf“¹³. Dass es keine harten Auseinandersetzungen gab, hatte mehrere Gründe: Erstens war absehbar, dass es sowohl für die Linkspartei als auch für die CDU nach der Wahl nur eine realistische Machtoption geben würde: eine Koalition mit der SPD, die daher auch von beiden Parteien offen angestrebt wurde. Um es sich mit dem Wunschpartner nicht zu verderben, konnte nicht mit „harten Bandagen gekämpft werden“¹⁴. Die Koalitionchancen von CDU und Linkspartei waren allerdings ungleich verteilt: Die SPD vermied zwar wie immer eine formelle Aussage, aber *Dietmar Woidke* äußerte in einem Interview frühzeitig eine klare Präferenz für die Fortführung der rot-roten Koalition: Er sah „aus der Erfahrung der aktuellen Regierungsarbeit ... keinen Grund, den Partner zu wechseln“¹⁵.

10 Zum Beispiel: „Warum fällt an meiner Schule so viel Unterricht aus? 240.000 Stunden fallen aus unter Rot-Rot“ und „Unterricht statt Ausfall. Michael Schierack: 1.000 zusätzliche Lehrer für unsere Kinder!“

11 *Fabian Leber*, So hat die AfD in Brandenburg gesiegt, in: Der Tagesspiegel online vom 15. September 2014, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/ex-fdpisten-republikaner-sarrazin-fans-so-hat-die-afd-in-brandenburg-gesiegt/10700888.html> (Abruf am 16. September 2014).

12 Vgl. zum Beispiel *Michael Sauerbier*, So gaga werben die Liberalen in Brandenburg, in: Bild online vom 6. August 2014, <http://www.bild.de/regional/berlin/fdp/gaga-wahlplakat-fdp-37122616.bild.html> (Abruf am 8. August 2014).

13 Zitiert nach *Hubertus Volmer*, CDU will Merkels Heimat erobern, in: n-tv online vom 8. September 2014, <http://www.n-tv.de/politik/CDU-will-Merkels-Heimat-erobern-article13560056.html> (Abruf am 9. September 2014).

14 Ein polarisierender Wahlkampf widersprach zudem auch dem Naturell des „harmoniesüchtigen“ CDU-Spitzenkandidaten *Schierack*. *Igor Göldner*, Der Harmoniesüchtige, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 16./17. August 2014.

15 Zitiert nach *Thorsten Metzner / Hans Monath*, Dietmar Woidke will Rot-Rot fortführen, in: Der Tagesspiegel online vom 9. August 2014, <http://www.tagesspiegel.de/politik/spd-und-linkspartei-in-brandenburg-dietmar-woidke-will-rot-rot-fortfuehren/10312562.html> (Abruf am 12. August 2014).

Zweitens hatte die Regierung schon vor Beginn des Wahlkampfes einiges getan, um den Oppositionsparteien in den konfliktträchtigen Bereichen Bildungspolitik, innere Sicherheit und Verkehrsinfrastruktur den Wind aus den Segeln zu nehmen. Zwar landen Brandenburgs Schüler bei Leistungsvergleichen nicht mehr auf den hinteren Plätzen, aber der Unterrichtsausfall war deutlich gestiegen und hatte zu Elternprotesten geführt. Man hatte daher nachgesteuert, die Vertretungsreserve aufgestockt, mehr neue Lehrer eingestellt und versprochen – wie alle anderen Parteien auch – weitere Personalaufstockungen in den Schulen und bei den Kita-Erziehern, so dass dieses Thema, abgesehen vom Plädoyer der Linkspartei für inklusive Gemeinschaftsschulen, im Wahlkampf zu einem in der Zielsetzung von allen geteilten Valenzissue wurde. Auf dem Feld der inneren Sicherheit ging es vor allem um die Polizeireform, in deren Rahmen die Landesregierung ursprünglich bis 2020 rund 1.200 Stellen abbauen wollte. Wegen ansteigender Kriminalitätsraten strich man die Stellenkürzungen auf 400 zusammen. Die Oppositionsparteien forderten allerdings den kompletten Stopp des Personalabbaus. Im Infrastrukturbereich hatten die massiven Mittelkürzungen für den Straßenbau dazu geführt, dass mittlerweile jede dritte Landesstraße reparaturbedürftig war. Im Wahlkampf forderten nun alle Parteien eine mehr oder minder starke Ausweitung der Investitionen.

Daher gab es drittens im Wahlkampf kein landesweit mobilisierendes Positionssissue mit unterschiedlichen Zielvorstellungen der Parteien. Die noch strittigen Themen BER, Braunkohleabbau und Grenzkriminalität waren regional begrenzt. Die enorme Kostensteigerung beim BER wirkt sich durch die Drittelbeteiligung des Landes zwar auf den gesamten Landeshaushalt aus, aber *Woidke* gelang es, auch durch seine Weigerung, im Aufsichtsrat die Nachfolge von *Platzek* anzutreten, mit dem Pannen-Flughafen relativ wenig in Verbindung gebracht zu werden. Dass er nach dem erfolgreichen Volksbegehren für eine Ausweitung des Nachtflugverbots in den Verhandlungen mit den anderen beiden Eigentümern scheiterte und die Landesregierung in der Frage des Schallschutzes versagte, betrifft unmittelbar nur die Bürger in den Gemeinden am südlichen Rand Berlins. Daher drangen auch die Freien Wähler mit ihrer Forderung nach einem Baustopp und einem Volksentscheid über einen neuen Flughafenstandort landesweit nicht durch.

Der Braunkohleabbau wurde von SPD, CDU und AfD für die absehbare Zukunft befürwortet, während die Grünen den Ausstieg bereits bis 2030 propagierten und eine Ausweitung daher vehement ablehnten. Gerade dies wurde jedoch mit einem Beschluss zur Erweiterung des Braunkohleabbaus Welzow-Süd II von der Landesregierung in die Wege geleitet. Dass auch die vier Minister der Linkspartei aus Koalitionsdisziplin den Beschluss mittrugen, brachte der Partei, die vor der letzten Wahl ein Volksbegehren gegen den Braunkohleabbau unterstützt hatte und in ihrem Programm einen Neuaufschluss weiterer Tagebaue ablehnte, Kritik ein. Als kontroverses landesweites Mobilisierungsthema taugte die Braunkohle jedoch nicht, wie schon das klägliche Scheitern des Volksbegehrens zeigte.

Das Thema Grenzkriminalität, dessen Relevanz bei den Bewohnern der grenznahen Gemeinden schon Anfang 2012 deutlich sichtbar geworden war¹⁶, versuchte Kanzlerin *Angela*

16 Im März 2012 war in der Grenzregion zu Polen fast jeder Zweite der Meinung, dass sich die Situation bei der Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen seit 2009 zum Negativen entwickelt hat. Vgl. Infratest dimap, LänderTrend Brandenburg, März 2012, <http://www.infratest-dimap.de/umfragen-analysen/bundeslaender/brandenburg/laendertrend/2012/maerz/> (Abruf am 29. März 2012).

Merkel kurz vor der Wahl für die CDU zu besetzen, um es nicht der AfD zu überlassen, die bei der sächsischen Landtagswahl am 31. August gerade in den Grenzregionen sehr gut abgeschnitten hatte. *Merkel* kritisierte die unzureichende Polizeipräsenz und verlangte ein härteres Vorgehen gegen die Kriminalität.¹⁷ Das sah auch Brandenburgs CDU-Spitzenkandidat *Schierack* so. Um sich von der AfD abzugrenzen, deren Spitzenkandidat *Gauland* die Prüfung der Wiedereinführung von Grenzkontrollen forderte, appellierte er jedoch an die Bürger, „im Geist und Herzen offen zu bleiben, wenn es um Errungenschaften wie die Grenzfreiheit“¹⁸ gehe. Die gleiche Gratwanderung zwischen Themenbesetzung und Abgrenzung unternahm er in der Diskussion um die Pläne der Landesregierung, in einer leer stehenden früheren Kaserne in einer Kleinstadt mit 9.000 Einwohnern 800 Asylbewerber unterzubringen, um die überfüllte Erstaufnahmeeinrichtung in Eisenhüttenstadt zu entlasten. Nachdem die AfD der Landesregierung vorgeworfen hatte, sie plane ein „riesiges Asylbewerber-Ghetto“¹⁹, von dem die Bevölkerung erst nach der Wahl erfahren solle, warf *Schierack* der Landesregierung Versagen in der Flüchtlingspolitik vor, bezeichnete ein so großes Heim als Überforderung für die Bewohner einer Kleinstadt, machte aber auch deutlich, dass Brandenburg weiterhin aufnahmebereit sein und eine Willkommenskultur pflegen müsse.²⁰

Mit dieser Strategie versuchte die CDU, die befürchtete Wählerabwanderung zur AfD, die nach ihrem guten Abschneiden bei der sächsischen Landtagswahl in den Umfragen deutlich zugelegt hatte, zu begrenzen, um noch eine Chance zu haben, stärkste Partei zu werden. Dasselbe Ziel hatte natürlich die SPD, während es der Linkspartei um den Nachweis ging, dass sie nach einer Regierungsbeteiligung – anders als zum Beispiel in Berlin – keine Wählerverluste hinnehmen muss. Wahlziel der Grünen war es, deutlich mehr als sechs Prozent zu erreichen, während die FDP um den Erhalt ihrer parlamentarischen Repräsentation kämpfte.

Wie die Umfragen kurz vor der Wahl zeigten, konnte die SPD darauf bauen, ihr Wahlziel zu erreichen und wieder stärkste Partei zu werden, während die mit immer geringer werdendem Wählerzuspruch konfrontierte CDU mit der relativ schwachen Linkspartei um Platz zwei kämpfte. Bei den kleineren Parteien war der Einzug der AfD in den Landtag mit einem guten Ergebnis sehr wahrscheinlich; dagegen hatte die FDP kaum mehr eine Chance auf Verbleib im Landtag, und die Grünen mussten zittern.

17 Vgl. *Christina Hebel*, *Merkel sagt AfD den Kampf an*, in: Spiegel online vom 9. September 2014, <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/cdu-merkel-sagt-afd-vor-landtagswahlen-kampf-an-a-990604.html> (Abruf am 9. September 2014).

18 Die AfD trifft den Nerv vieler Wähler, in: n24 online vom 7. September 2014, <http://www.n24.de/n24/Nachrichten/Politik/d/5362094/die-afd-trifft-den-nerv-vieler-waehler.html> (Abruf am 8. September 2014).

19 *Volkmar Krause*, *Streit um neues Asylbewerberheim eskaliert*, in: Märkische Allgemeine Zeitung online vom 1. September 2014, <http://www.maz-online.de/Brandenburg/Streit-um-Asylbewerberheim-in-Brandenburg-eskaliert> (Abruf am 3. September 2014).

20 Vgl. *Schierack will Groß-Asylheim in Potsdam. CDU-Chef wie AfD gegen Flüchtlingsheim im Süden*, in: Potsdamer Neueste Nachrichten Online vom 3. September 2014, <http://www.pnn.de/titelseite/888443/> (Abruf am 22. Januar 2015).

3. Das Wahlergebnis

Zur Landtagswahl, bei der nach einem Landtagsbeschluss vom Januar 2012 erstmals ab 16 Jahren gewählt werden durfte, wurden bis zum Fristende am 28. Juli 2014 von zwölf Parteien und politischen Vereinigungen Landeslisten eingereicht. Die Landesliste der Deutschen Nationalversammlung (DNV) wurde als nicht wahlvorschlagsberechtigt eingestuft, da keine form- und fristgemäße Wahlanzeige eingereicht worden war. Sechs Listen mussten durch Unterstützungsunterschriften begleitet sein, was allen gelang, so dass elf Parteien und politische Vereinigungen an der Wahl teilnahmen. Um die 88 Landtagsitze bewarben sich 404 Kandidatinnen und Kandidaten. Vier Parteien – SPD, Die Linke, CDU und Bündnis 90/Die Grünen – traten in allen 44 Wahlkreisen mit Direktkandidaten an, die BVB/Freie Wähler in 43. Nur mit Direktkandidaten (in drei Wahlkreisen) ohne Landesliste trat Die Partei an, Einzelbewerber ohne Parteiintergrund gab es in drei Wahlkreisen.²¹

Obwohl die Landtagswahl 2009 wegen des identischen Termins von der Bundestagswahl überlagert worden war, hatten für die Mehrheit der Wähler (54 Prozent) landespolitische Motive bei der Stimmabgabe überwogen. Diesmal stand sogar für 63 Prozent der Befragten die Landespolitik im Vordergrund.²² Die Wahlbeteiligung sank nach dem 2009 durch die gleichzeitige Bundestagswahl bedingten Rekordhoch von 67 Prozent nun auf ein Rekordtief: Von den 2.094.458 Wahlberechtigten nahmen nur 1.002.753, das heißt 47,9 Prozent, an der Wahl teil. Das ist die zweitniedrigste Wahlbeteiligung, die es bei einer Landtagswahl in der Bundesrepublik jemals gab.²³ Die Gründe hierfür lagen zum einen an dem Kuschelwahlkampf ohne landesweit polarisierende Mobilisierungsthemen und dem Eindruck eines schon gelaufenen Rennens mit der SPD als Wahlsieger, zum anderen an der Tatsache, dass vor allem die Linkspartei und die FDP ihre Wählerpotenziale nicht genügend mobilisieren konnten: Mehr als zwei Fünftel der FDP-Wähler von 2009 blieben diesmal zu Hause, und von den Wählern der Linken von 2009 blieben 122.000 diesmal der Wahl fern, während sie nur 7.000 damalige Nichtwähler von ihr überzeugen konnte, so dass der Nettoverlust an die Nichtwähler fast 31 Prozent ihres Wählerpotenzials betrug.²⁴

Der erwartete Wahlsieger gewann auch tatsächlich: Die „Brandenburg-Partei“ SPD wurde mit 31,9 Prozent und nur leichten Verlusten von 1,1 Prozentpunkten gegenüber 2009 zum sechsten Mal in Folge stärkste Partei (vgl. Tabelle 1). Auf den zweiten Platz rückte mit

21 Vgl. Landeswahlleiter Brandenburg, Presseinformation, Nr. 17 vom 28. Juli 2014, Zwölf Landeslisten eingereicht – Landeswahlausschuss entscheidet über Zulassung, <http://www.wahlen.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.372487.de?highlight=pressemittteilung> (jeweils Abruf am 9. August 2014).

22 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Wahl in Brandenburg. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014, Berichte der FGW, Nr. 158, Mannheim 2014, S. 22.

23 Die niedrigste Beteiligung gab es bei der Landtagswahl 2006 in Sachsen-Anhalt mit 44,4 Prozent.

24 Eigene Berechnungen mit Wählerwanderungsdaten von Infratest dimap. Vgl. dies., Wahlreport Landtagswahl Brandenburg 2014. Eine Analyse der Landtagswahl vom 14. September 2014, Berlin 2014, S. 11 ff.

Tabelle 1: Ergebnis der brandenburgischen Landtagswahl vom 14. September 2014 im Vergleich zur Landtagswahl 2009 (Zweitstimmen und Sitzverteilung)

	Landtagswahl 2014			Landtagswahl 2009	
	Anzahl	in Prozent	Sitze	in Prozent	Sitze
Wahlberechtigte	2.094.458				
Wähler	1.002.753	47,9	88	67,0	88
Gültige Stimmen	983.776				
SPD	315.202	31,9	30	33,0	31
CDU	226.835	23,0	21	19,8	19
Die Linke	183.178	18,6	17	27,2	26
AfD	120.077	12,2	11	–	–
Bündnis 90/Die Grünen	60.767	6,2	6	5,7	5
BVB/Freie Wähler	26.317	2,7	3	1,7	–
NPD	21.605	2,2	–	2,6	–
FDP	14.376	1,5	–	7,2	7
Piraten	14.595	1,5	–	–	–
DKP	2.345	0,2	–	0,2	–
REP	2.024	0,2	–	0,2	–
DVU	–	–	–	1,1	–
50Plus	–	–	–	0,6	–
RRP	–	–	–	0,5	–
Die Volksinitiative	–	–	–	0,3	–

Anmerkung: Die nur mit drei Direktkandidaten angetretene Die Partei erhielt 1.726 (0,2 Prozent), die Einzelbewerber 724 (0,1 Prozent) Erststimmen.

Abkürzungen der nicht im Landtag vertretenen Parteien: NPD = Nationaldemokratische Partei Deutschlands, FDP = Freie Demokratische Partei, Piraten = Piratenpartei Deutschland, DKP = Deutsche Kommunistische Partei, REP = Die Republikaner, DVU = Deutsche Volksunion, 50Plus = 50Plus Das Generationenbündnis, RRP = Rentnerinnen und Rentner Partei, Die Volksinitiative = Die Volksinitiative gegen die Massenbebauung Brandenburgs mit Windenergieanlagen und die verfehlte Wasserpolitik.

Quelle: Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, a.a.O. (Fn. 25), S. 8 ff.

23 Prozent (+3,2 Punkte)²⁵ die CDU vor, während die 2009 zweitplatzierte Linkspartei von den Wählern abgestraft wurde, deutliche Verluste von 8,6 Prozentpunkten verkraften musste und mit 18,6 Prozent auf den dritten Platz kam. Die AfD erreichte aus dem Stand 12,2 Prozent, die Grünen zogen mit 6,2 Prozent (+0,5 Punkte) wieder in den Landtag ein, während die FDP starke Verluste von 5,7 Prozentpunkten erlitt, mit nur 1,5 Prozent sogar noch hinter der NPD (2,2 Prozent) landete und aus dem Landtag ausschied. Von den 88 Mandaten konnte die SPD 30 erringen (29 Direktmandate und ein Listenmandat), die CDU kam auf 21 (10/11), die Linke auf 17 (4/13). Die AfD erhielt elf Sitze, die Grünen sechs, wobei beide Parteien keine Direktmandate gewinnen konnten. Dies gelang jedoch

²⁵ Betrachtet man die abgegebenen Zweitstimmen, so mussten alle Parteien außer den BVB / Freie Wähler und der DKP gegenüber 2009 Verluste hinnehmen; dass CDU und Grüne prozentual zulegen konnten, lag an der stark gesunkenen Wahlbeteiligung. Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, Wahl zum 6. Brandenburger Landtag am 14. September 2014. Endgültiges Ergebnis. Tabellen, Kommentierung, Grafiken und Karten, Potsdam 2014, S. 8.

den BVB/Freie Wähler, deren Spitzenkandidat *Christoph Schulze* im Wahlkreis Teltow-Fläming III mit 27 Prozent der Erststimmen das Direktmandat holte, so dass die Wählervereinigung trotz eines Stimmenanteils von nur 2,7 Prozent (+1,0 Prozentpunkte) neben dem Direktmandat noch zwei Listenmandate erhielt.

Bei der Landtagswahl 2009 war im Wahlverhalten der Frauen und Männer für die einzelnen Parteien kaum ein Unterschied festzustellen. Diesmal schnitt die SPD bei den Frauen deutlich besser ab als bei den Männern, während die AfD bei den Männern einen großen Vorsprung hatte (vgl. Tabelle 2). Deutliche Unterschiede zeigten sich auch im Wahlverhalten der Altersgruppen. Wie schon bei den vorangegangenen Wahlen stieg das SPD-Ergebnis mit zunehmendem Alter stark an, und die Partei konnte nur bei den über 60-Jährigen ein überdurchschnittliches Ergebnis erzielen. Auch die Linke gewann bei dieser Gruppe überdurchschnittlich, während die CDU, die AfD und die Grünen von den Älteren unterdurchschnittlich gewählt wurden.²⁶ Mit steigender Bildung wurde die SPD immer weniger gewählt, während bei der Linken und wie immer vor allem bei den Grünen ein umgekehrter und bei der CDU kein Zusammenhang bestand.

Im westdeutschen Wahlverhalten zeigen sich auch heute noch traditionelle sozialstrukturelle Gruppenprägungen bezüglich der Berufsstruktur und der Konfession mit den gewerkschaftlich gebundenen Arbeitern als traditioneller Kernklientel der SPD und den kirchengebundenen Katholiken als Kernklientel der CDU. Für die CDU gilt dies auch in Brandenburg: 2009 und 2014 erzielte die CDU unter den Katholiken das unter allen sozialen Gruppen mit Abstand beste Ergebnis.²⁷ Bei den Arbeitern war die SPD 2004 vor allem aufgrund des sozialen Protestes gegen die Agenda 2010 von der damaligen PDS als stärkste Kraft abgelöst worden. 2009 schnitt die SPD bei den Arbeitern zwar nicht überdurchschnittlich gut ab, konnte die Linkspartei jedoch wieder von Platz eins verdrängen und verteidigte ihre Vormachtstellung auch 2014. Bei den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern war die Linke 2004 mit Abstand stärkste Partei geworden, 2009 ließ die SPD die Linke in dieser Gruppe jedoch wieder deutlich hinter sich. Bei der jetzigen Wahl verlor die SPD überdurchschnittlich, und die Linke konnte ihre Stellung behaupten, so dass der Abstand zwischen den beiden Parteien deutlich – von elf auf fünf Prozentpunkte – geschrumpft ist. Die den Arbeitern im Sozialstaatskonflikt gegenüberstehende Gruppe der Selbstständigen wählte auch diesmal überdurchschnittlich CDU, FDP und auch die Grünen.

Fragt man die Wähler, was für ihre Wahlentscheidung am wichtigsten war – die längerfristige Bindung an die Partei, deren Spitzenkandidat oder Sachkompetenz –, so gibt die Mehrheit in der Regel an, die Partei wegen ihrer Kompetenz in den Sachfragen gewählt zu haben. Dies war diesmal auch der Fall, die Kandidaten spielten eine etwas geringere, die Parteibindung eine größere Rolle als 2009 (vgl. Tabelle 3). Am dominantesten war die Sachkompetenz bei den AfD-Wählern, bei denen naturgemäß die längerfristige Parteibindung die geringste Rolle spielte. Der große Bedeutungszuwachs der Parteibindung bei den Wählern der Linken und vor allem der FDP ist ein weiteres Indiz für die Mobilisierungsschwäche der beiden Parteien, die deutlich stärker als 2009 auf ihre treue Stammwählerschaft zu-

26 Auf der Bundesebene hingegen sind die Älteren ab 60 Jahren die feste Bank der CDU.

27 Bei einem Katholikenanteil unter den Wählern von nur drei Prozent indiziert die reine Konfessionszugehörigkeit schon eine genügend große Bindung an die katholische Kirche. Erstaunlich ist, dass bei dieser Wahl die Grünen, die bisher keinen Schwerpunkt bei den Katholiken hatten, in dieser Gruppe einen riesigen Zuwachs verzeichnen konnten.

Tabelle 2: Wahlentscheidung in sozialen Gruppen (Zeilenprozent)							
	Zweitstimme an						
	SPD	CDU	Linke	AfD	Grüne	BVB	FDP
Gesamt	31,9	23,0	18,6	12,2	6,2	2,7	1,5
Geschlecht							
männlich	29	22	19	15	6	2	2
weiblich	35	23	18	10	7	3	1
Alter							
16 bis 29 Jahre	19	20	17	15	10	3	2
30 bis 44 Jahre	26	26	13	15	7	3	2
45 bis 59 Jahre	30	24	17	14	9	3	2
60 Jahre und älter	40	21	24	9	3	2	1
Bildung							
Hauptschule	42	22	15	11	2	3	1
mittlere Reife	33	22	16	16	4	3	1
Abitur	27	22	18	14	9	2	2
Hochschulabschluss	28	21	22	9	11	3	2
Berufsgruppe/Tätigkeit							
Arbeiter	34	21	21	13	4	2	1
Angestellte	33	24	19	11	6	3	1
Beamte	24	29	18	14	7	5	1
Selbstständige	22	32	14	13	10	2	4
Arbeitslose	30	12	26	14	4	4	–
Gewerkschaftlich organisierte Arbeiter	33	20	28	12	2	2	0
Konfession							
katholisch	27	36	7	8	18	2	1
evangelisch	33	30	9	11	9	3	2
keine	32	18	22	14	5	3	2

Quelle: Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 22), S. 70 ff.

rückgeworfen wurden. Der Spitzenkandidat spielte bei der Wahlentscheidung für die SPD eine weitaus größere Rolle als für die anderen Parteien. Dies verwundert nicht, wenn man sich die Werte ansieht, die *Woidke* von der Bevölkerung im Vergleich zu seinen Konkurrenten erhielt. Er hatte zwar geringere Werte als *Platzek* zu seinen Hochzeiten, lag aber in allen Belangen klar vor seinen beiden Herausforderern *Görke* und *Schierack* (vgl. Tabelle 4). Nach dem Namen des jeweiligen Spitzenkandidaten gefragt, konnten drei Fünftel *Woidke*, aber nur ein Fünftel *Schierack* und nur gut drei Siebtel *Görke* nennen, wobei letztere sogar nur etwa einem Viertel der eigenen Anhänger bekannt waren. Mit *Woidkes* politischer Arbeit waren weitaus mehr Bürger zufrieden, und seine generelle Bewertung fiel deutlich höher aus als die seiner Konkurrenten. Auch von den eigenen Parteianhängern wurde er deutlich besser bewertet als *Görke* und *Schierack*. Schließlich lag er auch bei den verschiedenen Imagekomponenten vorne: Ihm wurde mehr Sachverstand zugeschrieben, und er wirkte auf die Bürger glaubwürdiger und sympathischer.²⁸ Die Präferenzen der Brandenburger für den

²⁸ Allerdings konnten auch viele keinen Unterschied feststellen beziehungsweise die Frage nicht beantworten.

Tabelle 3: Wahlmotive: Kandidat, Sachkompetenz oder Parteibindung (Angaben in Prozent, in Klammern: Veränderung zu 2009 in Prozentpunkten)

	Alle	SPD	CDU	Linke	Grüne	AfD	FDP
Kandidat	20 (-4)	33 (-4)	19 (-7)	13 (-3)	9 (±0)	8	17 (-2)
Sachkompetenz	56 (+1)	40 (-3)	50 (+5)	62 (-5)	74 (-2)	82	53 (-13)
Parteibindung	20 (+5)	22 (+7)	26 (+3)	22 (+10)	15 (±0)	6	28 (+19)

Anmerkung: Zu 100 Prozent fehlende Werte: weiß nicht/keine Antwort.
Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 44.

künftigen Ministerpräsidenten waren daher auch klar verteilt: Die Mehrheit wünschte sich *Dietmar Woidke*, nur 15 Prozent plädierten für *Schierack*, neun für *Görke*.

Die Kandidaten der kleineren Parteien hatten es schwer. Selbst bei expliziter Nennung ihres Namens antworteten bei *Ursula Nonnemacher*²⁹ und *Andreas Büttner* etwa zwei Drittel und bei *Alexander Gauland* drei Viertel der Befragten spontan, dass sie die Person nicht kennen beziehungsweise sich kein Urteil bilden könnten. Obwohl *Nonnemacher* im Landtag die meisten Reden gehalten hatte und ihr von den Medien bescheinigt wurde, im Parlament gute Arbeit abgeliefert zu haben³⁰, waren nur 15 Prozent mit ihrer politischen Arbeit zufrieden. Denselben Wert bekam *Andreas Büttner*, der für die Wahlentscheidung zugunsten der FDP allerdings eine deutlich größere Rolle spielte als die Spitzenkandidaten bei den Wählern der Grünen und der AfD (vgl. Tabelle 4).

Vor dem Hintergrund einer außerordentlich positiven Beurteilung der wirtschaftlichen Lage³¹ und einer im Vergleich zur Linkspartei deutlich besseren Bewertung der Regierungsarbeit der Sozialdemokraten³² erhielt die Landes-SPD in der generellen Bewertung auf einer Skala von -5 bis +5 mit durchschnittlich 2,2 eine sehr gute und im Vergleich zur Bundes-SPD (1,8) deutlich bessere Note, während die Linkspartei mit 0,6 (Bund: 0,8) wesentlich schlechter abschnitt.³³ Die Landes-CDU konnte sich gegenüber 2009 von 0,5 auf 0,8 steigern, wurde aber erheblich schlechter bewertet als die Bundes-CDU (1,6).³⁴ Wie stark die Landes-CDU von einem bundespolitischen Rückenwind profitierte, wird durch die Tatsache deutlich, dass drei Viertel der CDU-Anhänger angaben, die CDU zu wählen, um deren Politik in Berlin zu unterstützen.³⁵ Die Bewertung der Grünen blieb in etwa konstant (0,1/0,2), während sich das generelle Urteil über die FDP von -0,3 auf -1,8 dramatisch verschlechterte, womit sie noch schlechter bewertet wurde als die AfD, die auf -1,5 kam. Im Gegensatz zur CDU hatte die FDP zudem mit bundespolitischem Gegen-

29 Der zweite Spitzenkandidat der Grünen, *Jürgen Vogel*, wurde nicht abgefragt.

30 Vgl. *Jan Thomsen*, Kleine Parteien dürfen nur mitmachen, in: Berliner Zeitung online vom 8. September 2014, <http://www.berliner-zeitung.de/brandenburg/landtagwahl-in-brandenburg-2014-kleine-parteien-duerfen-nur-mitmachen,10809312,28351202.html> (Abruf am 9. September 2014).

31 Zwei Drittel beurteilten die wirtschaftliche Lage als (sehr) gut, 2009 waren es nur 29 Prozent, 2004 sogar nur sieben Prozent. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 22.

32 Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 22), S. 12.

33 Vgl. ebenda, S. 12 f.

34 Dabei hat sicherlich auch eine Rolle gespielt, dass – trotz des Wandels in der Partei durch die neue Führung – die Mehrheit der Wähler die CDU immer noch als zu zerstritten ansah, um regierungsfähig zu sein, und drei Viertel ihr bescheinigten, dass ihr überzeugendes Führungspersonal fehlt. Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 31.

35 Vgl. ebenda, S. 31.

<i>Tabelle 4: Kandidatenorientierungen (Angaben in Prozent, d: Mittelwerte)¹</i>						
	<i>Woidke</i>	<i>Görke</i>	<i>Schierack</i>	<i>Nonnemacher</i>	<i>Büttner</i>	<i>Gauland</i>
a) Bekanntheit ungestützt ²	59 (69)	13 (28)	21 (25)	–	–	–
b) Bekanntheit gestützt ³	89	53	53	32	38	24
c) Zufriedenheit mit der politischen Arbeit (sehr zufrieden/zufrieden)	70	33	27	15	15	10
d) Allgemeine Bewertung (MW; Skala von -5 bis +5)	2,4 (3,7)	1,3 (2,9)	1,1 (2,2)			
	<i>Woidke</i>	<i>Görke</i>	kein Unterschied	<i>Woidke</i>	<i>Schierack</i>	kein Unterschied
e) Eigenschaftszuschreibungen ⁴						
mehr Sachverstand	23	2	26	25	2	20
glaubwürdiger	24	2	32	29	4	25
sympathischer	26	5	26	28	5	24
f) gewünschter Ministerpräsident	54 (74)	9 (20)	–	55 (82)	15 (43)	–
<p>1 In Klammern: eigene Anhänger. 2 Frage: „Wer ist der Spitzenkandidat der ...?“ 3 Diejenigen, die bei Namensnennung nicht spontan geantwortet haben, dass sie die Person nicht kennen beziehungsweise sich kein Urteil bilden können. 4 Zu 100 Prozent fehlende Werte: weiß nicht/keine Antwort. Quellen: a, d, e, f: Forschungsgruppe Wahlen e.V., a.a.O. (Fn. 22), S. 16 ff.; b, c: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 33.</p>						

wind zu kämpfen: Die Bundes-FDP wurde von den Brandenburgern mit -1,7 bewertet, und in einer bundesweiten Umfrage waren Anfang September 2014 fast drei Fünftel der Ansicht, die FDP werde als Partei nicht mehr gebraucht.³⁶

Wesentlich für die gute generelle Beurteilung der SPD war die Tatsache, dass sie bei den fünf Themenbereichen, die für die Wahlentscheidung am wichtigsten waren, in der Kompetenzzuschreibung durch die Bevölkerung vorne lag (vgl. Tabelle 5). Im Bereich ihres Markenkerns, der sozialen Gerechtigkeit, konnte sie ihren Vorsprung gegenüber der Linkspartei ausbauen, während die CDU hier sehr schwach blieb. In der für die SPD als Volkspartei wichtigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Sekundärkompetenz rangierte sie weiterhin vor der CDU, die sich in diesem Bereich – ihrem bundespolitischen Markenkern – allerdings deutlich steigern konnte, was zu ihrem Erfolg sicherlich beigetragen hat. Der Linkspartei maß die Bevölkerung hier, trotz – oder wegen – eines Wirtschaftsministers der Linken, sehr wenig Kompetenz zu. In der traditionellen CDU-Domäne Innere Sicherheit mit dem Thema Bekämpfung der Grenzkriminalität verloren die Christdemokraten an zugeschriebener Problemlösungskompetenz, vermutlich zugunsten der AfD, die dort ihre höchste Kompetenzzuschreibung verbuchen konnte.³⁷ Im traditionell bei Landtagswahlen wichtigsten Politikfeld, der Schul- und Bildungspolitik, sowie bei der Familienpolitik

³⁶ Vgl. Forschungsgruppe Wahlen e.V., Politbarometer September I, Mannheim 2014, S. 1.

³⁷ In der mittleren und südlichen Grenzregion zu Polen schnitt die AfD bei der Wahl auch deutlich überdurchschnittlich ab. Vgl. Amt für Statistik Berlin-Brandenburg, a.a.O. (Fn. 25), S. 89.

konnte die SPD ihren deutlichen Kompetenzvorsprung verteidigen. Bei diesen Werten verwundert es nicht, dass die Sozialdemokraten auch in der von der Bevölkerung zugeschriebenen generellen Problemlösungskompetenz klar vor ihren beiden Konkurrentinnen lag: 44 Prozent trauten am ehesten der SPD zu, die wichtigsten Probleme in Brandenburg zu lösen, 20 Prozent nannten die CDU. Die Linkspartei konnte durch ihre Regierungsbeteiligung ihre generelle Problemlösungskompetenz in den Augen der Bevölkerung nicht steigern, im Gegenteil: Nach 13 Prozent vor der Landtagswahl 2009 waren diesmal nur acht Prozent der Meinung, die Linke könne die wichtigsten Probleme Brandenburgs lösen.³⁸

Bei den kleinen Parteien stechen die Grünen mit ihrem Markenkern Umwelt hervor. Ihre Kompetenzführerschaft in diesem Bereich übertrifft mit 46 Prozent alle anderen Kompetenzzuweisungen. Allerdings war dieses nur für sieben Prozent der Wähler wahlentscheidend, und 59 Prozent (gegenüber 45 Prozent 2009) waren der Ansicht, dass die Grünen heute nicht mehr so wichtig seien, weil sich auch die anderen Parteien um Umwelt- und Klimaschutz kümmerten. Zudem meinten vier Fünftel, dass den Grünen ein klares Profil über die Umweltpolitik hinaus fehle.³⁹ Die Grünen haben jedoch, vor allem durch ihre Gegnerschaft zum Braunkohletagebau in der Lausitz, aber auch zur Massentierhaltung, Nischen besetzt, die ihnen zwar nicht in den betroffenen Gebieten, aber bei den Wählern im Berliner Umland⁴⁰ ein ausreichendes Wählerpotenzial sichern. Die FDP genoss 2009 für eine kleine Partei ein relativ großes inhaltliches Vertrauen speziell in der Steuer- (elf Prozent Kompetenzzuschreibung) und Wirtschaftspolitik (sieben Prozent). Vor der Wahl 2014 war von ihrem damaligen Markenkern nichts mehr übrig, und auch in den anderen Politikbereichen wurde ihr von der Bevölkerung so gut wie keine Kompetenz mehr zugeschrieben. Bessere Werte als die FDP und auf manchen Feldern auch als die Grünen erhielt die AfD, die vor allem bei der Kriminalitätsbekämpfung und der Ausländerpolitik punkten konnte.

Die AfD konnte von allen anderen Parteien Wähler abziehen. Den größten Zuspruch erhielt sie von ehemaligen Wählern von Kleinstparteien, die 22 Prozent der AfD-Wählerschaft ausmachten; an zweiter Stelle standen ehemalige Wähler der Linken mit 16 Prozent, gefolgt von CDU und FDP mit 15 beziehungsweise 14 Prozent. Den geringsten Zuspruch erhielt sie von ehemaligen Grünen-Wählern, die nur mit einem Prozent zur AfD-Wählerschaft beitrugen. Von der Frage nach der politischen Herkunft der AfD-Wählerschaft ist zu trennen, in welchem Maße die Abwanderung zur AfD den anderen Parteien geschadet hat. Hier stehen wieder die Kleinstparteien an erster Stelle, an zweiter Stelle jedoch die FDP, da die AfD 17 Prozent ihrer Wählerschaft von 2009 für sich gewinnen konnte. Von der CDU konnte die AfD sieben Prozent und von der Linkspartei fünf Prozent ihrer Wähler von 2009 abziehen. An letzter Stelle stehen wieder die Grünen, die nur ein Prozent ihrer Wähler von 2009 an die neue Partei verloren haben.⁴¹

38 Dazu passt auch, dass trotz der fünfjährigen Regierungsbeteiligung immer noch 84 Prozent der Bevölkerung der Meinung waren, die Linke löse zwar keine Probleme, nenne die Dinge aber wenigstens beim Namen (2009: 87 Prozent). Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 30.

39 Vgl. ebenda, S. 32.

40 In der Lausitz lagen ihre Stimmenanteile deutlich unter fünf Prozent, im Wahlkreis Potsdam I erreichten sie ihr bestes Ergebnis mit 19,2 Prozent.

41 Eigene Berechnungen mit Daten von Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 11 ff.

Tabelle 5: Parteikompetenzen 2014 (Angaben in Prozent, in Klammern: Werte 2009)

	SPD	CDU	Linke	Grüne	AfD	FDP
Eine gute Schul- und Bildungspolitik betreiben	36 (38)	21 (20)	23 (24)	3 (4)	3	1 (4)
Die Wirtschaft in Brandenburg voranbringen	39 (37)	36 (31)	7 (9)	1 (2)	3	1 (7)
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	38 (38)	32 (24)	8 (12)	1 (2)	2	1 (6)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	40 (38)	10 (12)	33 (35)	2 (2)	3	0 (3)
Für eine gute Familienpolitik und Kinderbetreuung sorgen	38 (39)	16 (18)	29 (28)	3 (4)	3	1 (3)
Kriminalität und Verbrechen in Brandenburg bekämpfen	31 (28)	30 (37)	8 (12)	1 (1)	6	1 (1)
Öffentliche Großprojekte zu Ende führen	22	28	5	1	2	1
Eine gute Umweltpolitik betreiben	20 (23)	10 (11)	9 (8)	46 (48)	2	0 (2)
Eine gute Ausländer- und Integrationspolitik betreiben	32 (36)	16 (18)	19 (20)	6 (7)	5	1 (3)
Generelle Problemlösungskompetenz (die wichtigsten Probleme in Brandenburg lösen)	44 (47)	20 (20)	8 (13)	2 (2)	2	1 (2)

Anmerkung: Die Reihenfolge entspricht der Reihenfolge bei der Frage nach den wahlentscheidenden Themen.
Quelle: Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 29.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

Das Wahlergebnis ließ zwei realistische Koalitionsoptionen zu: Die SPD konnte sowohl mit der Linkspartei weiterregieren als auch mit der CDU zusammengehen. Sie hielt ihr vor der Wahl gegebenes Versprechen und führte mit beiden potenziellen Partnern Sondierungsgespräche. Inhaltlich standen beiden Optionen keine unüberwindlichen Hindernisse im Weg: Zwar gab es in einigen Bereichen unterschiedliche Auffassungen – zwischen SPD und Linken vor allem beim Braunkohletagebau und der Gemeinschaftsschule, zwischen SPD und CDU beim Schüler-Bafög und der Kommunalreform –, aber beide potenziellen Partner hatten vor und nach der Wahl deutlich gemacht, dass man mitregieren wollte. Koalitionsbildungsprozesse werden aber nicht nur von der inhaltlichen Nähe oder Distanz zwischen den Parteien beeinflusst. Hinzu kommen die Orientierungen der Parteiführungen – vor allem die Erfahrungen aus vergangenen Koalitionen und die Erwartungen hinsichtlich des zukünftigen Verhaltens der bisherigen beziehungsweise möglichen neuen Bündnispartner – und ihre Sicht auf die Orientierungen in den relevanten Parteigremien sowie in der Wählerschaft. In der Wählerschaft gab es keine klare Präferenz für eine der beiden Koalitionsoptionen.⁴² Für die Führung der SPD stand vor allem die Verlässlichkeit des zukünftigen Partners im Vordergrund, und da gab es bei beiden Grund zu Skepsis. Die CDU war vielen in der SPD-Führung „mit ihrer Vorgeschichte nach wie vor suspekt“⁴³, und es herrschten Zweifel an der Führungsfähigkeit des „Polit-Neulings“ *Michael Schierack*. Bei der Linken

⁴² Vgl. Infratest dimap, a.a.O. (Fn. 24), S. 47.

⁴³ *Igor Goldner / Bastian Pauly*, Die Würfel fallen zwischen Rot-Rot und Rot-Schwarz, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 15. September 2014.

stellte sich die Frage, ob sie nach dem dramatischen Absturz noch ein verlässlicher und relativ pflegeleichter Partner sein oder sich stärker von der SPD absetzen würde, um sich ihren Wählern gegenüber zu profilieren – zumal bei einer Landtagsmehrheit von nur drei Stimmen jeder Abweichter die Regierungsstabilität gefährden könnte. Die Führung der Linkspartei versuchte diese Bedenken zu zerstreuen, indem sie die Wahlniederlage darauf zurückführte, dass man die eigenen Erfolge in der Landesregierung nicht gut verkauft hätte; in Zukunft wollte man sich nicht stärker von der SPD absetzen, sondern nur die Handschrift der Linken deutlicher herausarbeiten.⁴⁴

Dennoch hatte sich die Situation für die SPD durch das Wahlergebnis stark verändert. Die vor der Wahl eher als Pro-Forma-Veranstaltungen angesehenen Gespräche mit der CDU gerieten nun zu ernsthaften Sondierungen, *Woidke* und *Schierack* trafen sich schon vorher unter vier Augen, und nach der ersten Runde verdichteten „sich die Signale, dass es in Richtung CDU geht“⁴⁵. Nach der zweiten Sondierungsrunde am 23. September votierte der SPD-Landesvorstand jedoch auf Vorschlag *Woidkes* einstimmig für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen mit der Linken. *Woidke* begründete die Absage an die CDU einzig mit der Tatsache, dass *Schierack*, der kurz nach der Wahl wieder zum Fraktionsvorsitzenden gewählt worden war, für keinen Ministerposten bereitstehe und er damit „nicht gewährleistet“ sehe, „dass die CDU-Führung bereit und in der Lage ist, Regierungsverantwortung ... zu übernehmen“⁴⁶. Die Dementis von *Schierack* klangen zu halbherzig, um überzeugend zu wirken, und in der Partei machten sich „Frust und Fassungslosigkeit“⁴⁷ breit. *Schierack* zog die Konsequenzen und trat vom Fraktionsvorsitz zurück.

Die Verhandlungen der SPD mit der Linkspartei verliefen reibungslos, und am 10. Oktober stellten die Parteispitzen den ausgehandelten Koalitionsvertrag vor, der für die Wahlperiode 700 Millionen Euro Zusatzausgaben – vor allem für mehr Lehrer und Kita-Erzieher, eine verbesserte Hochschulfinanzierung, den Erhalt aller Krankenhausstandorte und bessere Straßen – ohne neue Kreditaufnahme vorsieht. Der Personalabbau im Rahmen der Polizeireform wird praktisch gestoppt. In der Energiepolitik wird auf ein Ja zu neuen Tagebauten verzichtet, im Gegenzug aber auch kein Kohle-Ausstiegstermin festgeschrieben. Schulen können sich auf freiwilliger Basis zu Schulzentren zusammenschließen. Beim BER wird eine dritte Start- und Landebahn abgelehnt, und der Schallschutz soll oberste Priorität erhalten. Wichtigstes Projekt der neuen Regierung ist eine Kreisgebietsreform, die die 14 Landkreise auf höchstens zehn reduzieren soll. Nachdem sich die Mitglieder der Linken auf dieser Basis mit großer Mehrheit für eine Fortsetzung der Koalition ausgesprochen und Sonderparteitage beider Parteien den Vertrag gebilligt hatten, wurde er am 3. November unterzeichnet. Zwei Tage später wurde *Dietmar Woidke* im ersten Wahlgang mit 47 von insgesamt 87 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. In der neuen Regierung führt die SPD sechs, die Linke nur noch drei Ministerien (vgl. Tabelle 6).

44 So der stellvertretende Ministerpräsident *Helmuth Markov*, vgl. „Wir sind noch lange nicht am Ende“, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 18. September 2014.

45 *Thorsten Metzner*, Linke, hör' die Signale!, in: Der Tagesspiegel online vom 23. September 2014, <http://www.tagesspiegel.de/berlin/koalition-in-brandenburg-linke-hoer-die-signale/10738590.html> (Abruf am 24. September 2014).

46 Zitiert nach *Torsten Gellner* / *Igor Goldner*, SPD gibt CDU einen Korb: Woidke setzt lieber auf Rot-Rot, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 24. September 2014.

47 *Marion Kaufmann*, Enttäuschte CDU-Basis wirft Schierack Versagen vor, in: Märkische Allgemeine Zeitung vom 25. September 2014.

<i>Tabelle 6: Das brandenburgische Kabinett nach der Landtagswahl 2014</i>	
Ministerpräsident	<i>Dietmar Woidke</i> (SPD)
Minister der Finanzen und Stellvertretender Ministerpräsident	<i>Christian Görke</i> (Die Linke)
Minister des Innern und für Kommunales	<i>Karl-Heinz Schröter</i> (SPD)
Minister der Justiz und für Europa und Verbraucherschutz	<i>Helmuth Markov</i> (Die Linke)
Minister für Wirtschaft und Energie	<i>Albrecht Gerber</i> (SPD)
Minister für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft	<i>Jörg Vogelsänger</i> (SPD)
Ministerin für Infrastruktur und Landesplanung	<i>Kathrin Schneider</i> (parteilos)
Minister für Bildung, Jugend und Sport	<i>Günter Baaske</i> (SPD)
Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit Frauen und Familie	<i>Diana Golze</i> (Die Linke)
Ministerin für Wissenschaft, Forschung und Kultur	<i>Sabine Kunst</i> (trat im Dezember 2014 der SPD bei)
Quelle: Landesportal Brandenburg, Landesregierung, http://www.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.387649.de (Abruf am 11. Februar 2015).	

Bei den Oppositionsparteien richteten sich die Grünen geräuschlos auf eine weitere Wahlperiode ein. Die AfD jedoch sorgte für Schlagzeilen. Auslöser war ein Medienbericht, wonach *Alexander Gauland* zu rechtslastige Abgeordnete loswerden wolle und dafür belastendes Material sammle. *Gauland* dementierte dies, und es stellte sich heraus, dass der Abgeordnete *Stefan Hein*, der Sohn der Lebensgefährtin *Gaulands*, das Material gesammelt hatte und die Quelle des Berichts war. Daraufhin erklärte *Hein* gegenüber *Gauland* den Verzicht auf sein Mandat. Sein designierter Nachrücker *Jan-Ulrich Weiß* hatte auf seiner Facebook-Seite eine anti-semitische Karikatur veröffentlicht und wurde daraufhin aus der Fraktion ausgeschlossen. Kurz darauf stellte sich jedoch heraus, dass *Hein* gegenüber dem Landeswahlleiter den Verzicht auf sein Mandat noch gar nicht formell erklärt hatte. Um den Einzug von *Weiß* in den Landtag zu verhindern, nahm *Hein* sein Mandat nun doch an, worauf hin er von der Fraktion ausgeschlossen wurde. Bei der konstituierenden Sitzung des neuen Landtags am 8. Oktober bestand die AfD-Fraktion daher nur noch aus zehn Abgeordneten.

5. Zusammenfassung

- (1) Die 2009 gebildete rot-rote Koalition musste im August 2013 den Rücktritt des SPD-Regierungschefs *Matthias Platzeck* verkraften, der wegen Gesundheitsproblemen sein Amt an den bisherigen SPD-Innenminister *Dietmar Woidke* übergab. Zudem hatte die Linke als erstmalige Regierungspartei bei ihren Anhängern keinen leichten Stand, so dass sich die Ausgangsposition beider Regierungsparteien gegenüber ihrem Ergebnis von 2009 etwas verschlechtert hatte. Die Position der CDU hingegen, die sich unter ihrem neuen Vorsitzenden *Michael Schierack* erstmals seit langer Zeit geschlossen präsentierte, hatte sich deutlich verbessert. Die Grünen mussten um ihren Wiedereinzug in den Landtag zittern, und die AfD schickte sich an, die in den Sog des bundespolitischen Absturzes geratene FDP als Landtagspartei abzulösen.
- (2) Die Wahlkampagne, die von den Parteien inhaltlich unter Rekurs auf ihren jeweiligen ‚Markenkern‘ geführt wurde und in der die SPD am stärksten auf ihren Spitzenkandidaten setzte, ließ sich als „Kuschelwahlkampf“ beschreiben. Dazu trug bei, dass es so-

- wohl für die Linke als auch für die CDU eine realistische Machtoption nur mit der SPD gab und man daher den Wunschpartner nicht hart anging. Zudem hatte die Regierung schon vor Wahlkampfbeginn einiges getan, um den Oppositionsparteien in konfliktträchtigen Bereichen den Wind aus den Segeln zu nehmen.
- (3) Die Wahlbeteiligung sank nach dem 2009 durch die gleichzeitige Bundestagswahl bedingten Rekordhoch von 67 Prozent diesmal auf das Rekordtief von 47,9 Prozent. Die Gründe hierfür lagen an dem Kuschelwahlkampf, dem Eindruck eines schon gelaufenen Rennens mit der SPD als Wahlsieger und an der ungenügenden Wählermobilisierung vor allem durch die Linkspartei und die FDP.
 - (4) Der erwartete Wahlsieger SPD gewann mit 31,9 Prozent auch tatsächlich die Wahl. Auf den zweiten Platz rückte mit 23 Prozent die CDU vor, während die 2009 zweitplatzierte Linkspartei diesmal mit 18,6 Prozent auf den dritten Platz kam. Die AfD erreichte aus dem Stand 12,2 Prozent, die Grünen zogen mit 6,2 Prozent wieder in den Landtag ein, während die FDP mit nur 1,5 Prozent ausschied. Zudem gewannen die BVB/Freie Wähler ein Direktmandat und erhielten daher trotz ihres Stimmenanteils von nur 2,7 Prozent drei Mandate.
 - (5) Das relativ gute Abschneiden der SPD ließ sich zum einen auf ihren Spitzenkandidaten zurückführen, der in allen Belangen deutlich vor seinen Herausforderern von Linkspartei und CDU lag, und resultierte zum anderen daraus, dass sie bei den relevanten Themenbereichen in der Kompetenzzuschreibung durch die Bevölkerung vorne lag. Für die Linkspartei hingegen führte die erste Regierungsbeteiligung zu einer Verringerung der ihr zugewiesenen Problemlösungskompetenz; sie wurde abgestraft.
 - (6) Die CDU konnte ihr Ansehen bei den Wählern verbessern, bekam mehr wirtschafts- und arbeitsmarktpolitische Kompetenz zugeschrieben und profitierte stark von einem bundespolitischen Rückenwind. Die FDP hingegen hatte mit bundespolitischem Gegenwind zu kämpfen und konnte weder personell noch inhaltlich überzeugen. Die Grünen besetzten durch ihre Gegnerschaft zum Braunkohletagebau, aber auch zur Massentierhaltung, Nischen, die ihnen vor allem im Berliner Umland ein ausreichendes Wählerpotenzial sicherten. Die AfD zog unzufriedene Wähler aus allen Lagern auf sich und punktete mit ihrer Haltung zur Grenzkriminalität und in der Asylfrage.
 - (7) Das Wahlergebnis ermöglichte der SPD sowohl eine Fortführung der Koalition mit der Linken als auch ein Zusammengehen mit der CDU. Inhaltlich gab es für beide Optionen keine unüberwindlichen Hindernisse. Die SPD hatte vor der Wahl deutliche Präferenzen für die Linkspartei erkennen lassen. Deren Abstrafung durch die Wähler veränderte jedoch die Situation, denn für die SPD-Führung stand vor allem die Verlässlichkeit des zukünftigen Koalitionspartners im Vordergrund. Zunächst verdichteten sich daher die Signale, dass es in Richtung der CDU gehen könnte, dann jedoch erteilte man ihr mit der Begründung eine Absage, dass ihr Spitzenmann *Schierack* für keinen Ministerposten bereitstehe und damit nicht gewährleistet sei, dass die CDU-Führung zur Übernahme von Regierungsverantwortung bereit und in der Lage sei.
 - (8) Die Koalitionsverhandlungen mit der Linken verliefen reibungslos. Nachdem sich ihre Mitglieder mit großer Mehrheit für eine Fortsetzung der Koalition ausgesprochen hatten, wurde der Koalitionsvertrag am 3. November unterzeichnet. Zwei Tage später wurde *Dietmar Woidke* im ersten Wahlgang mit 47 von insgesamt 87 Stimmen zum Ministerpräsidenten gewählt. In der neuen Regierung führt die SPD sechs, die Linke nur noch drei Ministerien.